

Einführung des bundesweiten Versands von Elternbriefen

Beschlossen von der 22. Bundesdelegiertenversammlung
am 29. und 30. September 2006 in Braunschweig.

Die Bundesdelegiertenversammlung der VLK spricht sich für die bundesweite Einführung und Versendung von Elternbriefen aus. Die Bundesdelegiertenversammlung bittet daher die Verbände der FDP in den Ländern - und wo vorhanden die FDP-Landtags-fraktionen - sowie die VLK-Landesvereinigungen, in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund und weiteren Trägern, die schon Elternbriefe verteilen, dieses Anliegen zu unterstützen und auf kommunaler und Landesebene entsprechende Anträge zu stellen.

Kindererziehung ist grundsätzlich zunächst Sache der Familie. Der Präsidiumsbeschluss der FDP vom 29.08.2005 „50 Forderungen für die Familie“ sagt:

„Die Familiengründung ist eine private Angelegenheit. Die Familie steht unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Das familiäre Zusammenleben und die Erziehung von Kindern dürfen aber nicht verstaatlicht werden. Das heißt jedoch nicht, Eltern mit der Verantwortung und den Belastungen alleine zu lassen. Für die FDP gibt es auch eine öffentliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche. Neben dem Einsatz der Eltern muss bei Bedarf eine Ergänzung durch pädagogische Angebote und soziale Dienste erfolgen. Eltern müssen in der Erfüllung ihrer familiären Aufgaben gestärkt und unterstützt werden.“

Dass heute ein größerer Bedarf an solcher Stärkung und Unterstützung besteht als in vergangenen Jahren, ist sicher unstrittig.

Ein wirksames Instrument für derartige Unterstützung sind die Elternbriefe. Sie werden herausgegeben vom Arbeitskreis Neue Erziehung e.V., Boppstraße 10, 10967 Berlin und sind sehr anerkannt. Sie werden gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch die Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, in übrigen Bundesländern durch Kommunen.

Das Elternbrief-Programm (www.ane.de) besteht aus 48 Briefen, die Eltern bei der Erziehung ihres Kindes von der Geburt bis zum 8. Lebensjahr begleiten.

Die Briefe kommen im Umschlag einzeln per Post zu den Eltern ins Haus. Jeder Brief entspricht genau dem Entwicklungsstand des Kindes auf seiner Altersstufe. Elternbriefe sind ein nachhaltiges Jugendhilfeangebot. Sie erfahren große Akzeptanz bei Eltern. In Berlin erhalten alle Eltern eines erstgeborenen Kindes die ersten vier Elternbriefe vom Senat kostenlos. Wer die Briefe 5 - 48 haben möchte, muss sie bestellen. Dies tun ca. 70 % der Eltern.

Qualität und Wirksamkeit der Elternbriefe wurden geprüft, zum Beispiel durch Universität Koblenz Professor Lüscher (1984), Universität Bamberg Professor Bierschock (1998). Der Paritätische Wohlfahrtsverband kommt zu dem Schluss:

„Die Elternbriefe haben sich als äußerst sinnvolles Instrument präventiver Beratung erwiesen, ein Angebot, dass von Eltern ausdrücklich erwünscht ist. Sie entnehmen ihm Anregungen für den täglichen Umgang mit ihrem Kind und Orientierungshilfen bei der Bewältigung ihrer Erziehungsarbeit“.

Die Briefe können zum Beispiel von Jugendämtern zum Herstellungspreis gekauft werden:

0,15 € für den ersten Brief, 0,13 € für die weiteren, zusammen also 6,26 €. Eine Sammelmappe dazu kostet 2,00 €. Das sind pro Kind weniger als 10,00 € für eine achtjährige Jugendhilfemaßnahme. Das Porto für den Versand müssten die Jugendämter zusätzlich tragen. Um diese Kosten zu minimieren, wird in einem von der Obersten Regulierungsbehörde der Deutschen Post genehmigtes Pilotprojekt der zentrale Versand angeboten.

Als Modell ist zum Beispiel auch denkbar, dass jungen Eltern in Schleswig-Holstein künftig die ersten vier Elternbriefe des „Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.“ durch die Jugendämter zugesandt werden. Somit hätten auch die Jugendämter des Kreises eine gute Möglichkeit, sich den Eltern positiv vorzustellen und darzustellen. Der weitere Versand erfolgt danach auf freiwilliger Basis auf Wunsch und zu Lasten der Eltern durch die zentrale Versandstelle in Berlin, nur bei finanziell nicht so leistungsfähigen Eltern erfolgt der Versand weiterhin durch die Jugendämter.